

Für Beamte wird 2013 ein gutes Jahr

Kantone, Bund und Städte schaffen nächstes Jahr trotz knapper Kassen mehr als 2000 neue Jobs

Die öffentlichen Haushalte müssen sparen. Doch für Lehrer und Polizisten gibt es Hunderte neuer Stellen.

VON ALAN CASSIDY

Es waren gehässige Szenen, die sich diese Woche im Ratssaal von Delsberg abspielten, dem Hauptort des kleinen Kantons Jura. 44 neue Beamte wollte die jurassische Regierung nächstes Jahr einstellen, auf 6 Millionen Franken sollte dafür das Defizit im Budget steigen. Doch das bürgerlich dominierte Parlament, das den Vorschlag absegnen sollte, verweigerte der Regierung, die Stellen zu erhöhen. Die Sozialdemokraten verliessen darauf unter Protest den Saal.

Der Kanton Jura ist eine Ausnahme. In der ganzen Schweiz vergrössern die öffentlichen Verwaltungen ihre Personalbestände mit dem Segen der Parlamente. Um mehr als 1500 Vollzeitstellen wachsen 2013 allein die kantonalen Behörden, wie eine Auswertung der Budgets für das nächste Jahr zeigt. Am stärksten ist der Zuwachs in Zürich, Genf und Waadt, aber auch mittelgrosse Kantone stellen Beamte im zweistelligen Bereich an.

DAS STELLENWACHSTUM beim Staat erfolgt, obwohl die Mehrheit der Kantone 2013 rote Zahlen schreibt. Die schwache Konjunktur der vergangenen Jahre erklärt die Defizite nur zum Teil. In fast der Hälfte aller Kantone sind inzwischen Sparprogramme vorgesehen, die von Personalverbänden und Gewerkschaften erbittert bekämpft werden. Mancherorts werden zwar die Löhne eingefroren oder gar gekürzt. Vor einer Verkleinerung der Verwaltung schrecken die Kantone aber bisher zurück – auch, weil wie in St. Gallen oder im Tessin, in den vergangenen Wochen Tausende Staatsangestellte auf die Strasse gingen.

Die neuen Jobs fallen zu einem grossen Teil in der Bildung an, einem der wichtigsten Aufgabenbereiche der Kantone. Beispiel Waadt: 118 der 236 zusätzlichen Vollzeitstellen entstehen dort in den Schulen. Aber auch die Stadt Zürich schafft mehr als die Hälfte von 255 Jobs im Schulbereich, in Kinderhorten und Sonderschulen.

Zweiter grosser Posten ist die Sicherheit: Zahlreiche Kantone verstärken nächstes Jahr ihre Polizeikräfte oder stellen zusätzliches Personal in den Gefängnissen an. Mehr Beamte gibt allerdings auch für klassische Verwaltungsaufgaben, etwa im Kanton Zug, der 23 von 56 neuen Vollzeitstellen in der Kernverwaltung schafft.



Beamter der eidgenössischen Zentralverwaltung im Jahr 1944.

KEY

HIER ENTSTEHEN NÄCHSTES JAHR ÜBER 2000 NEUE VOLLZEITSTELLEN

Kanton	Stellen 2013	Stellenzuwachs	Defizit	Kanton	Stellen 2013	Stellenzuwachs	Defizit	Kanton	Stellen 2013	Stellenzuwachs	Defizit
AG	11 858	39	Nein	JU ¹	876	0	Nein	TI*	7891	0	Ja
AI	227	0	Ja	LU	4774	50	Ja	UR	628	1	Nein
AR ¹	548	5	Ja	NE	2330	-7	Ja	VD	16 237	236	Nein
BE	28 200	176	Nein	NW	500	2	Nein	VS ³	6592	84	Nein
BL	4304	-2	Ja	OW	388	2	Ja	ZG	1697	56	Ja
BS*	7809	77	Nein	SG ²	7000	Abbau	Ja	ZH*	24 916	320	Ja
FR	7990	104	Nein	SH	2290	8	Ja	Stadt Zürich	20'694	255	Ja
GE*	15 024	233	Ja	SO	2887	14	Nein	Stadt Bern	2679	5	Nein
GL	353	8	Ja	SZ	1553	58	Ja	Winterthur	3203	22	Nein
GR	2314	54	Ja	TG	2521	-11	Ja	Bund	33 054	300	Ja

* Vorschlag der Regierung vom Parlament noch nicht genehmigt. ¹ ohne Lehrpersonal ² Höhe des Stellenabbaus noch unklar ³ Stellenausbau gemäss Budgetantrag Regierung; Umsetzung eines Kürzungsauftrags des Parlaments noch unklar. Stellentotale i. d. R. inklusive Lehrpersonal, ohne selbstständige Anstalten. Quelle: Vorschläge 2013, Angaben der Kantone

Jeder 3. Passagier zu spät

Chaos auf dem SBB-Schiennetz: Pendler machten ihrem Ärger auf Twitter Luft

VON FABIANNE RIKLIN

Schneetreiben, Kälte und Eis führten diese Woche zu Verspätungen bei den SBB. Wenige Tage nach dem Fahrplanwechsel und dem damit verbundenen Ticketaufschlag erreichte ein Drittel der Passagiere ihren Zielort zu spät. Nur rund 68 Prozent kamen am Donnerstag pünktlich an. Gemäss SBB-Vorgaben sollten es knapp 90 Prozent sein. Von den Zügen gelangten lediglich 74 Prozent rechtzeitig ans Ziel. Im Jahresdurchschnitt sind es neun von zehn Zügen.

«HAUPTGRÜNDE WAREN der viele Schnee im Mittelland sowie die Gefahr von Eisschlag», sagt SBB-Sprecher Stephan Wehrle. Sobald es sehr kalt sei, würden sich Eisklumpen an den Zügen bilden. «Diese lösen sich bei Temperaturunterschieden, wenn beispielsweise ein Zug in einen Tunnel einfährt, und können

entgegenkommende Züge treffen.» Deshalb verlangsamt die SBB bei kaltem Wetter in Tunnels die Züge. Sie dürfen dann nur noch mit 100 statt mit 160 Kilometer pro Stunde einfahren.

Dem Ärger über die Verspätungen machten die Passagiere vor allem über Social-Media Luft. Besonders auf dem Portal Twitter tauschten sich die Pendler mit den neusten Meldungen zum Verkehrs-Chaos aus. Dort verdreifachten sich am Donnerstag die Meldungen beinahe auf mehr als 300 Tweets.

Ein GA-Besitzer twitterte: «Seit Fahrplanwechsel 5x Zug gefahren, davon 5x zu spät und 2x Anschluss verpasst! Wer will mein GA?» Oder: «Hat die SBB zwischen Zürich und Luzern den Viertelstundentakt eingeführt? Viertelstunde Verspätung?»

Bei den SBB waren vier Mitarbeiter aus dem Kundendienst für die Beantwortung der Klagen und Fragen von ge-

nervten Kunden auf Facebook und Twitter zuständig. Sogar SBB-Sprecher Christian Ginsig versuchte Passagiere zu besänftigen. Am Mittwoch schrieb er: «War ein Lokdefekt einer S3 im Museumsbahnhof. Zug konnte noch mit 2 km/h die Rampe hochfahren. Daher Rückstau.»

FÜR DIE SBB IST KLAR: «Social Media ist für uns sehr wichtig und wir werden diesen Bereich noch ausbauen», sagt Wehrle. «Wir haben sehr gute Rückmeldungen auf unsere rasche und unkomplizierte Beantwortung der Tweets und Kommentare erhalten.» Einen 24-Stunden-Betrieb wie beispielsweise die Fluggesellschaft Swiss bieten die SBB allerdings noch nicht.

Für nächste Woche versprechen die SBB Besserung: «Mit den steigenden Temperaturen stellen wir eine Entspannung der Lage fest», sagte Wehrle.

Natalie Rickli will zurück

Die SVP-Politikerin freut sich auf ihr Comeback bei Goldbach

NATALIE RICKLI PLANT ihre Rückkehr zur Goldbach Group, wo sie als Partner Relation Manager zum Stab der Geschäftsleitung gehört. Sie lässt aber offen, wann genau sie nach ihrem Burnout wieder zu arbeiten beginnt.

Auf einer firmeninternen Website wandte sie sich kürzlich an die Mitarbeiter des Unternehmens. Sie schrieb: «Viele von Euch haben mir geraten, mir genügend Zeit für meine Erholung zu nehmen. Tatsächlich braucht dies mehr Zeit, als ich selber gedacht habe. Zwar geht es mir besser, aber eine Rückkehr zu Euch nach Goldbach und in die Öffentlichkeit wäre verfrüht.» Das Comeback beim Medienunternehmen soll irgendwann 2013 stattfinden: «Meine Rückkehr in Politik und Arbeit wird im neuen Jahr sein – ich freue mich darauf.»

Rückkehr 2013: Natalie Rickli. KEY

Auch die Bundesverwaltung wächst nächstes Jahr weiter: Im Budget 2013, das National- und Ständerat diese Woche bewilligten, sind 300 neue Stellen vorgesehen. Rund 30 fallen für die Umsetzung der diversen Steuerabkommen an. Die mit dem Atomausstieg verbundene neue Energiestrategie des Bundes erfordert 13 zusätzliche Stellen. Grösseren Personalbedarf hat zudem aufgrund der gestiegenen Asylzahlen das Bundesamt für Migration.

DIE KANTONE BEGRÜNDEN das Personalwachstum mit grösseren Trends: «Die Mehrausgaben für Bildung und Sicherheit gehen zurück auf das Bevölkerungswachstum und die dichtere Besiedelung», sagt der Luzerner Finanzdirektor Marcel Schwerzmann. Und der Präsident der kantonalen Finanzdirektoren, Christian Wanner, verweist auf neue Bundesgesetze wie die Reform des Vormundschaftsrechts, mit der die Kinder- und Erwachsenenschutzbehörden professionalisiert und kantonalisiert würden. «Dies kann zu mehr Stellen auf Kantonebene führen, denen kein entsprechender Wegfall von Stellen gegenübersteht, da diese Aufgaben auch milizmässig in den Gemeinden wahrgenommen worden sind», sagt Wanner.

Die Präsidentin des Verbands des Personals öffentlicher Dienste (VPD), Katharina Prelicz-Huber, will nicht von einem grossen Ausbau sprechen. «Die Bevölkerung will einen starken Service public. Es werden zwar neue Stellen im öffentlichen Dienst geschaffen, doch angesichts der Aufgaben, die wir alle vom Staat erwarten, sind es zu wenige.» Der Druck auf die Angestellten sei gerade im Bildungs- und Gesundheitswesen riesig. «Dass unsere Lehrpersonen heute Schulklassen mit bis zu 30 Kindern unterrichten müssen, war vor einigen Jahren noch undenkbar», sagt Prelicz-Huber.

DAS ANHALTENDE WACHSTUM bei den Behörden überrasche ihn nicht, sagt Reto Steiner, Experte für öffentliche Verwaltungen an der Universität Bern. «Die grosse Mehrheit der Studien seit den 1950er-Jahren auf diesem Gebiet zeigt, dass öffentliche Verwaltungen weltweit kaum je schrumpfen, sondern sich stetig ausdehnen.» Auch Spanien und Griechenland sparten nicht freiwillig, sondern nur unter grösstem internationalen Druck. Zwar hätten die meisten Kantone in den vergangenen zehn Jahren Sparprogramme aufgesetzt, doch die ursprünglichen Sparziele seien nur selten erfüllt worden. Das sei nicht nur die Schuld der Politiker: «Auch Stimmberechtigte, die im Grundsatz für Sparen sind, tolerieren den konkreten Leistungsabbau dann trotzdem nicht.»

Eine ähnliche Meldung veröffentlichte Rickli schon früher auf Facebook, wo sie bekannt gab, dass sie nicht an der Wintersession des Nationalrats teilnehmen werde. Dabei erwähnte sie aber nicht, dass sie auch zur Goldbach Group zurückkehren möchte. So gab es Spekulationen, dass Rickli in Zukunft eine ihrer zahlreichen Beschäftigungen reduzieren möchte – offensichtlich gehört ihr Engagement bei dem Kommunikationsunternehmen nicht dazu. GoldbachMedia war bis zum Redaktionsschluss für eine Stellungnahme nicht erreichbar – und auch Natalie Rickli reagierte nicht auf entsprechende Fragen. COR SIN ZANDER

